

Die Brennesse

Zeitung der Salzkottener GRÜNEN

Ausgabe: September 89

Nr. 6



Können Sie sich ernsthaft vorstellen, daß aus dem Salzkottener Bahnhof ein Polizeimuseum werden könnte? Was wie ein schlechter Witz klingt, ist aber durchaus ernst gemeint. Der Rat der Stadt kam nämlich auf diese Idee – weil das Land NRW ein 50-Millionen-Förderprogramm für Städte und Gemeinden aufgelegt hatte. Und das reizte natürlich die Phantasie der Säl-

zer CDU - ergab sich doch so die Chance, teure Wahlkampf-Geschenke wie das CDU-Programm "Jedem Ortsteil sein Bürgerhaus" zur Hälfte vom Land finanzieren zu lassen. Und da die CDU außerdem offenbar glaubt, Geld vom Land müsse nicht genauso wie alles andere vom kleinen Steu-

erzahler aufgebracht werden, sprießen bei solchen Aussichten die merkwürdigsten Ideen – wie die, aus dem Sälzer Bahnhof ein Museum für eine polizeigeschichtliche Sammlung zu machen. Kosten Schnapsidee: Allein für den Umbau 300.000 DM, von denen die Hälfte zu Lasten der Stadt gehen würde. Dazu aber käme aller Wahrscheinlichkeit noch der KAUFPREIS für das Bahnhofsgebäude.

Zur Sprache kam das Ganze während einer Ratssitzung im Sommer, in der über die Planungsunterlagen für die Projekte befunden werden mußte, die dem Land zur Bezuschussung im Rahmen des Förderprogramms vorgelegt werden sollten. Für den Bahnhof war das allerdings nicht möglich weil die Stadt bisher noch keinerlei Vereinbarungen mit der Bundesbahn getroffen hat. Selbst CDU-Ratsvertreter wunderten sich, warum denn die Stadt zahlen solle, wenn doch ein überregionaler Verein neue Räume für ein Polizeimuseum suche und wenn doch die Bundesbahn als Eigentümerin eines denkmalwerten Gebäudes eigentlich für dessen Erhalt zuständig sei.

Die Freigebigkeit der Stadt in dieser Sache (auch wenn sie nicht zum Tragen kam) ist umso unverständlicher, wenn man sich den neuen Nachtragshaushalt Salzkotten ansieht: selbst der Kämmerer bezeichnet den Nachtrag als aufgebläht und kritisiert die Netto-Neuverschuldung von vier Millionen DM. Es ist also wirklich kein Geld übrig für exotische Eskapaden wie ein Polizeimuseum - ganz abgesehen davon, daß Salzkotten andere Dinge dringender gebrauchen könnte.

Begründung von Stadtdirektor Potthast: Die DB werde wahrscheinlich nur "das Nötigste" am Bahnhof tun. Und das ist offenbar bereits Grund genug für die Stadt Salzkotten, der Bundesbahn zuvorkommend diese Sorge abzunehmen. Mit diesem Entgegenkommen können private Eigentümer von Baudenkmalen wohl kaum rechnen.

Daß das Projekt bisher nicht zustande kam, lag nicht etwa an der zwischenzeitlichen Einsicht der Stadt, daß man so nicht mit Steuergeldern umgehen kann: Die Frist für die Einreichung der Unterlagen konnte nicht eingehalten werden (was Bürgermeister Ettler im Rat lebhaft bedauerte).

Die CDU vor der Wahl - Lobeshymnen für die eigene Partei - Tiefschläge für die Gegner

Vor der Kommunalwahl geht die CDU über die Dörfer - und kam auch nach Upsprunge, und zwar mit einer Versammlung zum Thema Dorfentwicklung-Dorferneuerung. Was die Upsprunger aber geboten bekamen, waren Tiefschläge unter die Gürtellinie des politischen Gegners, Unterstellungen - und natürlich Lobes hymnen auf die eigene Partei und ihre Leistungen für die Sälzerstadt.Offenbar hat die

CDU es nötig...

Die Versammlung in Upsprunge war leider einmal mehr ein Beispiel dafür, wie die Salzkottener Christdemokraten mit den Bürgern umgehen: Es regnete Andeutungen (ohne konkretere Aussagen oder Beweise), unbequeme oder der Aufklärung dienende Nachfragen wurden - wenn überhaupt - äußerst knapp beantwortet oder es wurde darauf verwiesen, man habe "mit solchen Leuten schon genug Erfahrung". Ein Beispiel: Da behauptete Upsprunges Ortsvorsteher Humpert "Die Anlieger aus dem Binneren Feld haben uns ganz schön geleimt." Auf die Nachfrage, wie denn der Ausdruck "geleimt" zu verstehen sei,kam die Antwort: "Wir wollen doch keine Worte auf die Waagschale legen." Was aber steckt dahinter? Während einer Anliegerversammlung Binnere Straße/Dreiweg/Lindenweg zum Thema "Gestaltung der Straßen" stimmte die Mehrheit der

Einige Zeit später wandte sich ein Anlieger, der mit den Bodenwellen nicht einverstanden war (was im übrigen sein gutes Recht ist) an die Stadt und bat, die Sache nochmals zu überdenken. Das taten die Stadtväter denn auch - schließlich sind sie selbst von den Geschwindigkeitshemmern nicht begeistert. Doch die Mehrheit der Anlieger sprach sich erneut gegen die Bodenwellen aus - eine demokratische Entscheidung, der die Stadt natürlich folgen mußte. Wie kann man unter solchen Umständen davon reden,die Stadt sei "geleimt" worden? Hat sie nicht eher versäumt, sich rechtzeitig zu informieren und damit selbst schuld? Ein zweites Beispiel: Die Verlegung des Spielplatzes Ecke Bürener Straße/Lowerschling.Die Verlegung scheint beschlossen - doch Ortsvorsteher Humpert hat vor Jahren höchstpersönlich die Schaukel auf dem Platz eingebuddelt.Die darf also nicht versetzt werden.Warum wird der Spielplatz dann überhaupt verlegt? Liegt den Stadtvätern soviel an der Sicherheit der Kinder - oder geht es nicht vielmehr um den Festplatz, der dann vergrößert werden kann? Die Neubürger scheinen Herrn Humpert sowieso ein Dorn im Auge zu sein, haben sie doch

Anwesenden für den Einbau von Bodenwellen.

verhindert, daß durch eine Bebauungsplananderung eine Dorfhalle mitten im Wohngebiet entstehen konnte. Erklärung wie unzureichender Parkraum oder Lärmbelästigung wurden als unwichtig abgetan ("Die müssen immer was zu meckern haben!")Bürgermeister Ettler aber, der dem Kindergarten Upsprunge gegenüber wohnt, beklagt sich über die Eltern, die ihre Kinder mit dem Wagen bringen oder abholen: Er werde in seiner Mittagsruhe gestört und wolle sich was einfallen lassen, um das zu unterbinden. Wiegt die Ruhe des Herrn Bürgermeister mehr als die der Neubürger?

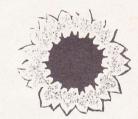


Ist Ihnen schon aufgefallen... ... daß die CDU ihren Wahlkampf weniger mit Argumenten sondern mehr mit der Diffamierung des politischen Gegeners (sprich Grüne) führt?

So konnten weder K.Rump noch H. Humpert auf Informationsveranstaltungen sachlich bleiben sondern sie versuchten mit emotional geleiteten Tiefschlägen Stimmung gegen die GRÜNEN zu machen.

Wenn dies und das Betteln: "Wählt uns, damit wir wieder über 60% kommen", der einzige Wahlkampfinhalt bleiben....

Die GRÜNEN Salzkotten und ihr Programm



Kommunale Demokratie Bürgernähe - mehr

Der Rat der Stadt Salzkotten hat sich bisher durch ein besonders merkwürdiges Demokratieverständnis ausgezeichnet: Offenbar empfinden es CDU und SPD als unbequem und störend, wenn sich die BürgerInnen allzu früh in kommunalpolitische Diskussionen einmischen. Stattdessen wird der Öffentlichkeit ein Thema erst präsentiert, wenn die Meinungsbildung bei den gewählten Volksvertretern bereits abgeschlossen ist. Gravierendstes Beispiel: Die Ansiedlung weiterer Supermärkte in Salzkotten. Jüngstes Beispiel: Das Verfahren bei der Vorstellung des Gutachtens zur Freibadmodernisierung.

Die Salzkottener GRÜNEN wehren sich seit ihrer Gründung dagegen, daß Themen in nichtöffentlichen Rats- und Ausschußsitzungen diskutiert werden, ohne daß es dafür zwingende Gründe gibt. Stichhaltige Gründe sind z.B. Personalentscheidungen,

Auftragsvergaben, Grundstücksverhandlungen. Es gibt aber eine Fülle von Möglichkeiten, die EinwohnerInnen einer Stadt an der

Kommunalpolitik zu beteiligen - wenn ein Rat darauf Wert legt.

Die GRÜNEN fordern:

- mehr Bürgerversammlungen, und zwar bereits im Anfangsstadium von Planungen
- bessere Vorabinformation betroffener BürgerInnen bei städtischen Planungen
- Einbeziehung von Bürgerinitiativen in die Beratung von Planungen
- Einladungen zu Sitzungen auch an Gruppen und Initiativen, die das wünschen
- grundsätzlich Einladungen zu Ausschuß- und Ratssitzungen an BürgerInnen, die von einzelnen Tagesordnungspunkten betroffen sind, und die Möglichkeit für sie, in der Sitzung selbst Stellung zu beziehen (das ist durch eine kurze formale Sitzungsunterbrechung auch nach der Gemeindeordnung möglich!)
- Einwohnerfragestunde in jeder Ratssitzung
- bessere öffentliche Bekanntmachung von Sitzungsterminen, Bürgerversammlungen usw.
- Rats- und Ausschußsitzungen sollten nicht nur im Rathaus stattfinden, sondern "über die Dörfer" gehen.

Verkehr



B 1 neu: Viel Beton und wenig Entlastung

In Salzkotten warten alle angeblich sehnsüchtig auf die neue Umgehungsstraße, die der Innenstadt große Entlastung bringen soll. Eine Teilentlastung ist sicher möglich, doch der Großteil des Verkehrs wird bleiben. Kein Salzkotter Bürger der Altstadt, des Gebietes zwischen Heder und Upsprunger Straße, des Schulte-Plans, des Kuhbusches oder aus Upsprunge wird einen Bogen nördlich um Salzkotten machen, um zu seinem Haus zu kommen. Und in diesen Gebieten wohnen die meisten Salzkotter. Da auch angestrebt wird, durch mehr Geschäfte und bessere Angebote die Salzkottener Innenstadt zu beleben - was sicher zu begrüßen ist bringt dies auch zusätzlichen Verkehr in die Stadt, so daß die Staus am Freitagnachmittag uns sicher erhalten bleiben. Es werden einige, die nach Geseke, Richtung Thüle oder Lippstadt wollen, eine Umgehungsstraße benutzen und sie als Verkürzung und Erleichterung betrachten. Doch schon Personen, die nach Erwitte und Soest wollen und aus Richtung Paderborn kommen, könnten die A 44 benutzen.

Für diesen geringen Entlastungseffekt tauschen die Salzkotter eine Monsterstraße ein, die durch ein Gebiet führt, das noch aus Wiesen und Feldern wie auch dem schönen Hedertal besteht. Die Straße wird den Lebensraum der Tierwelt in diesem Gebiet durchtrennen und Tausende von mer werden zubetoniert. Das Gebiet an der Königsfuhr und

Ewert etc., das bis jetzt weitgehend von Verkehrslärm und Abgasen verschont geblieben ist, wird dann künftig mit starkem Verkehrslärm belastet, denn die Personenwagen und LKWs werden sicher schneller als 50 km/h fahren. Durch Lärmschutzwände kann ein Teil des Lärms abgehalten werden, doch der Anblick von Betonwänden stellt keine schöne Aussicht dar.

Als Alternative zur Umgehungsstraße sehen wir GRÜNE eine Förderung des öffentlichen Nahverkehrs (s.o.) und ein Umleiten des Fernverkehrs auf die A 44. Autos, die von Paderborn nach Erwitte, Soest oder ins Ruhrgebiet fahren wollen, brauchen nicht durch Salzkotten. Auch ein Verbot der Durchfahrt von militärischen Fahrzeugen aller Art durch Salzkotten ist notwendig. Dafür muß jedoch die vorhandene B 1 so umgestaltet werden, daß sie für den Fernverkehr uninteressant wird. Wir GRÜNE möchten, daß die B 1 zwar Bundesstraße bleibt, aber alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, sie zurückzubauen und sie so für alle Verkehrsteilnehmer sicherer zu machen.



Wir GRÜNE fordern deshalb eine umgestaltete B 1 mit

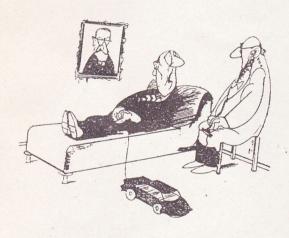
- mehr Fußgängerüberwegen
- beidseitigen Radfahrwegen
- der Mindestbreite, die für Bundesstraßen verlangt wird, aber keinen Meter breiter.

Wir fordern ein Umweltverträglichkeits-Gutachten für die Umgehungsstraße, in dem Kosten, Umwelteingriffe und voraussichtlicher Nutzen gegeneinander aufgerechnet werden.

Dieses Gutachten sollte allerdings nicht vom Landesstraßenbauamt kommen, wie es das normale Verfahren vorschreibt, sondern von einem unabhängigen Institut (wenn die Behörde, die die Straße baut, auch die Umweltverträglichkeit prüft, kann man sich doch denken, was dabei herauskommt).

Wir fordern außerdem eine Versorgung vor Ort, die Verkehr in andere Städte überflüssig macht - z.B. einen Augenarzt und andere Spezialisten in Salzkotten, damit nicht für jede Untersuchung bei Fachärzten erst nach Paderborn gefahren werden muß.

Des weiteren braucht die Stadt Salzkotten schnellstens ein Radwegeprogramm.



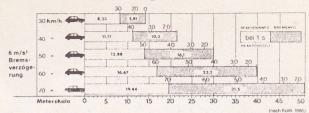
"Ich träume in letzter Zeit Furchtbares: Ich darf nur 30 fahren."



?

Ortsvorsteher Humpert hat auf dem Informationsabend der CDU in Upsprunge noch einmal deutlich gemacht, daß er jede Art von Verkehrsberuhigung in in der Frieth zu verhindern weiß.
"Freie Fahrt für freie Bürger" gegen den Schutz der Kinder!
Übrigens: Bei privaten Messungen in der Frieth waren Geschwindigkeiten von 75 km/h keine Seltenheit. Über 50 km/h fuhr fast jeder PKW.

Anhaltewege



Bei der Mehrzahl der tödlichen Unfälle ist zu schnelles Fahren die Ursache. Für FußgängerInnen, RadfahrerInnen und Kinder kann es lebensentscheidend sein, ob der Unfallfahrer 30 oder 50 km/h fuhr. Bei einer Kollisionsgeschwindigkeit eines Fahrzeugs von 20 km/h haben FußgängerInnen eine Überlebenschance von 90%, bei 60 km/h nur eine von 15%.

Quelle: VCD-TIPS "Kinder im Verkehr"

SPD-Argumente

für die B1 neu

90 Prozent des Schwerverkehrs, der durch Salzkotten rollt, ist laut SPD-Angaben Durchgangsverkehr.

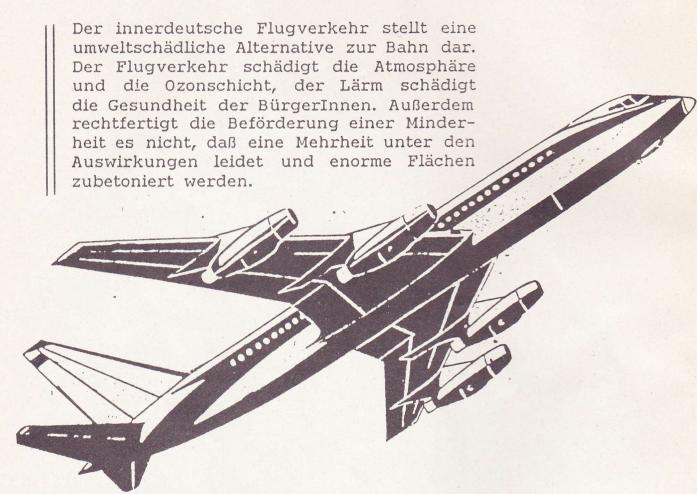
SPD-Spitzenkandidat Helmut Steines, während der Podiumsdiskussion der Kolpingfamilie befragt, warum denn der LKW-Verkehr nicht über die Autobahn fahren könne statt mitten durch die Sälzer City, hatte sich kundig gemacht - bei den LKW-Fahrern selbst, die er "an einem Pommes-Stand" interviewte. Die "Brummis" fahren laut Steines' Recherchen deshalb nicht A 44, weil "sie dort so oft geblitzt werden und nicht schnell genug vorwärtskommen".

Brauchen wir etwa deshalb eine Umgehungsstraße, damit der Schwerverkehr sich einen schnelleren Weg suchen kann? Sollen wir Millionen von Steuergeldern ausgeben und einige Quadratkilometer zubetonieren, um Speditionsunternehmen das Geschäft zu erleichtern?



Trostpflaster für Tudorfer vor der Wahl:

Bürgermeister in die Fluglärmkommission



Der Flughafen Paderborn-Lippstadt, der zunächst nur als kleiner Regionalflughafen propagiert wurde, hat mit seinen Auswirkungen inzwischen viele Bürger wach werden lassen - nicht aber den Rat der Stadt Salzkotten und den Kreistag Paderborn. Hier werden nach wie vor mit dem Argument der "Wirtschaftsförderung" die berechtigten Beschwerden der AnwohnerInnen abgewiegelt. Doch erstens reicht das bisherige Volumen des Flughafens zur "Wirtschaftsförderung" bei weitem aus und zweitens darf "Wirtschaftsförderung" doch nicht alles rechtfertigen. Für die Art der "Wirtschaftsförderung" zahlen die SteuerzahlerInnen Unsummen: Das Land NRW sowie Kreis und Kommunen subventionieren den Flughafen Paderborn-Lippstadt jährlich (direkt oder indirekt) mit mehreren Millionen DM.

Eine erste Nachfrage der GRÜNEN in einer Einwohnerfragestunde Anfang des Jahres zum Fluglärm in Niederntudorf war vom Stadtdirektor noch mit dem Hinweis zurückgewiesen worden, damit habe die Stadt doch nichts zu tun. Erst die politische Konkurrenz durch die GRÜNEN brachte CDU und SPD in Salzkotten dazu, sich überhaupt mit dem Thema Fluglärm zu befassen – allerdings mit magerem Ergebnis: Der Rat schickt jetzt seinen Bürgermeister in die Fluglärmkommission – nicht mehr als ein Trostpflästerchen für die Tudorfer vor der Wahl.

Die GRÜNEN fordern:

- keine weiteren öffentlichen Zuschüsse für den Flughafen Paderborn-Lippstadt
- kein weiterer Ausbau des Flughafens
- regelmäßige Bürgerversammlungen in Tudorf, aus denen der Bürgermeister als Vertreter der Stadt in der Fluglärmkommission Anregungen für seine dortige Arbeit mitnimmt und über seine Arbeit dort berichtet
- Beitritt der Stadt Salzkotten zur Bundesvereinigung gegen Fluglärm.



Salzkotten mit weniger Verkehrsbelastung durch das Auto - geht das?

Sicher ist es in einer Flächengemeinde schwieriger, ohne Auto auszukommen, denn es ist nur ein dünnes Nahverkehrsnetz vorhanden. Trotzdem sollte man das Auto so wenig wie möglich benutzen. Im nachfolgenden einige Punkte, die auch in Salzkotten dazu beitragen können, die Menschen und die Umwelt durch sinnvollen Gebrauch des Autos zu schonen.

Wir fordern für Salzkotten: 30 km/h in allen Wohngebieten außer den Hauptverkehrsstraßen wie z.B. B 1, Upsprunger Straße, Thüler Straße, Wewelsburger Straße, in Verne die Hauptstraße ... Untersuchungen bestätigen, daß Tempo 30 zu einem Rückgang der Unfälle von 20-25 % führt, und die Zahl der Toten und Verletzten in diesen Zonen stark gesunken ist. Besonders für die Hauptgefährdeten, die Kinder und die älteren Mitbürger, würde dies eine Entlastung im Verkehr und mehr Sicherheit bedeuten. Laut Bundesumweltamt erniedrigt Tempo 30 die Abgase um 30 %. Auch tritt eine spürbare Senkung des Lärmpegels ein.

Als weiteres muß in der Stadt Salzkotten alles unternommen werden, um den öffentlichen Nahverkehr auszubauen und zu einer echten Alternative zum Individualverkehr zu machen: Koordinierte Fahrpläne zwischen Bahn und Bus, spürbare Preissenkungen bei Bahn und Bus, die durch mehr Fahrgäste wieder aufgefangen werden. Weiter müssen neue Haltepunkte in Paderborn eingerichtet werden, z.B. InBIT, Rosentor, Nixdorf. Denn noch fahren zwischen Salzkotten und Paderborn Geisterzüge, während die B 1 voller Autos steht.



Zu schnelles Fahren gilt immer noch als "Kavaliersdelikt". Doch die leichtsinnige Raserei hat furchtbare Folgen: Jährlich verunglücken über 42 000 Kinder auf unseren Straßen. Selbst vor Schulen wird der Bleifuß nicht vom Gaspedal genommen. vital machte einen Tempo-Test. Trauriger Rekord: Knapp 100 Sachen vor einem Zebrastreifen, an dem Abc-Schützen warteten. Wir sagen, wie Sie Ihre Kinder vor Rasern schützen können



Das verkehrsgerechte Kind gibt es nicht. Deshalb müssen Autofahrer kindgerecht fahren: Fuß vom Gas und ständig bremsbereit sein!

-7-

Umwelt

Umweltschutz muß Vorrang haben

"Bei der Entscheidung für eine Partei müssen wir bedenken, was uns wichtiger ist: Umweltschutz, Frieden, soziale Gerechtigkeit oder Wachstum und Wohlstand." Ein oft angeführtes Argument der GRÜNEN-Gegner. Eins ist diesen Leuten immer noch nicht bewußt: Ohne intakte Umwelt, ohne Frieden und mit bestehender sozialer Ungerechtigkeit ist es nicht mehr lange hin mit unserem Leben auf dieser arg geschundenen Erde.

Ziel grüner Umweltpolitik ist es, die Ursachen der Umweltbelastungen zu beseitigen und durch vorausschauende und vorbeugende Politik die Voraussetzungen für einen intakten Naturkreislauf zu schaffen. Das heißt in der Kommunalpolitik, daß ökologische Gesichtspunkte in alle Entscheidungen miteinfließen und eine Vorrangstellung erhalten müssen.

Auf kommunaler Ebene - sowohl bei der Stadt als auch beim Kreis - läßt sich eine solche Umweltpolitik am konsequentesten mit einem Umweltamt realisieren. Diese Umweltämter müssen personell als auch sachlich so ausgestattet sein, daß sie den steigenden Anforderungen gerecht werden können.



Boden

Nach wie vor werden sowohl in der Landwirtschaft als auch in privaten Gärten Pestizide verschiedenster Art eingesetzt. Weitere Bodenbelastungen werden durch Emissionen von Industrie und Verkehr verursacht.

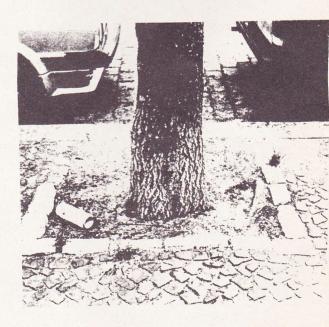
Darüberhinaus zerstört die Flächenversiegelung Boden in immensen Ausmaßen. Schon eine Versiegelung von 33 % verhindert eine Grundwasseranreicherung. Im Stadtgebiet und im Industrie- und Gewerbegebiet kann von einer Versiegelungsquote von 60 - 90 % ausgegangen werden. Als bestes Beispiel bietet sich die sanierte Altstadt.

Eine zusätzliche Belastung stellen die Altablagerungen (Altlasten) dar. Auf Antrag der GRÜNEN wurden die bekannten Mülldeponien im Stadtgebiet Salzkotten auf ihre Gefährlichkeit untersucht. Ergebnisse wurden bis zum heutigen Tage nicht vorgelegt.

Deshalb fordern die GRÜNEN:

- Bekanntgabe der Ergebnisse der untersuchten Altlasten
- ggf. Sanierung der Altlasten
- drastische Verringerung des Schadstoffeintrags von Luft und Regen durch energie- und verkehrspolitische Maßnahmen
- Unterstützung und Förderung einer ökologisch verträglichen Landwirtschaft
- Keine Pestizidanwendung in städtischen und privaten Anlagen

- Aufhebung und Vermeidung von Flächenversiegelung, vor allem im Bereich Marktplatz
- möglichst Pflasterung nur mit wasserdurchlässigen Materialien
- -Verzicht auf chemische Düngemittel, Einsatz von Naturdünger
- Verzicht auf Streusalz im Winter

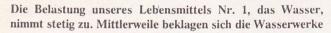


Kommunale Wasser- und Abwasserpolitik

CDU hält Bürger für die größten Dreckspatzen GRÜNE sind für schärfere Kontrollen bei der Industrie

Nitrat
???????????

Tonlenwasserstork



nicht nur über steigende Nitratgehalte, sondern sie stellen sogar verschiedenste Pflanzengifte wie z.B. Atrazin fest.

Noch wird behauptet, daß das Salzkottener Trinkwasser unbelastet ist. Jedoch gibt der Nitratgehalt von über 30 mg/l vor allem bei der Verwendung des Wassers für Säuglingsnahrung bereits zum Nachdenken Anlaß. Neben der Wasserverschmutzung aus verschiedensten Ursachen (Landwirtschaft, Industrie, Haushalte) sollte uns aber auch die Wasserverschwendung zu denken geben. Gutes Trinkwasser ist mittlerweile knapp und darf nicht länger unsinnig vergeudet werden. Daher gibt es auf allen Ebenen eine Fülle von Handlungsansätzen:

- Förderung des Trinkwassersparens in Haushalten durch Beratung über z.B. wassersparende Installationen und technische Einrichtungen, und durch lineare Tarife (kein Grundpreis)
- Erhöhung der Recyclingrate in der Industrie durch Beratung, durch lineare Tarife, Abschaffung des Mengenrabatts, restriktive Genehmigung gewerblicher Brunnen und regelmäßige Kontrolle dieser Brunnen auf Umweltauswirkungen, z.B. Grundwasserspiegel
- Förderung der Regenwassernutzung in Haushalt und Gewerbe durch Änderung der Gebührensatzung
- Kein Ausweichen auf Trinkwasservorkommen im ländlichen Raum (z.B. Aabach, Boker Heide), stattdessen Schutz der bestehenden Einzugsgebiete durch Beratung, Überwachung und materielle Förderung in Richtung einer umweltverträglichen Landwirtschaft
- Überwachen von Betrieben, die mit wassergefährdenden Stoffen arbeiten
- Sanierung privater Kleinkläranlagen und der öffentlichen Kanalisation
- Förderung der Nachklärung, z.B. durch Wurzelraumentsorgung
- Ausweitung von Wasserschutzzonen und deren wirksame Überwachung (Personelle Aufstockung bei der unteren Wasserbehörde)
- Regenwasserversickerung in Form biologisch aktiver Mulden- oder Rigolenversickerung
- Keine Versickerung von Oberflächenwasser von Autobahnen, Bundesstraßen und stark befahrenen Landstraßen
- Restriktive Genehmigung von Kies- und Sandabbau (stattdessen Bauschuttrecycling)



Die Gelegenheit ist günst; - wenn die Gewelle hier voniberheihrt, drehat din

SCHUTZ DER FLIEßGEWÄSSER

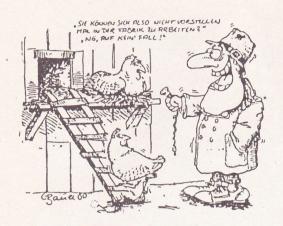
- Reduzierung der Oberflächenversiegelung mit Ableitung in Bäche und Flüsse z.B. durch entsprechende Gebührenfestsetzung
- Sanierung der Kläranlagen entsprechend dem jeweilig neuesten Stand der Technik
- Kontinuierliche Überwachung aller großen Indirekteinleiter auf Einhaltung von Schadstoffgrenzwerten im Abwasser
- Kein Mengenrabatt für Großeinleiter
- Verschmutzungsabhängige Abwassergebühren
- Anpassung der Einleitungsgrenzwerte für schwer abbaubare Stoffe an den technisch möglichen Stand der Schadstoffvermeidung vor Ort
- Reduzierung wasserbelastender Haushaltschemikalien und Waschmittel durch verstärkte Beratung
- Umschichtung von Fördermitteln von Bund und Land in Richtung präventiver Gewässerschutz, die bisher eingesetzt werden zur Subvention der Trinkwassergewinnung, Oberflächenentwässerung und Abwasserreinigung. Der Aufwand für Trinkwassergewinnung und Abwasserreinigung soll kostendeckend über Gebühren erhoben werden, statt mit öffentlichen Mitteln jeden Vermeidungsanreiz, der durch höhere Gebühren entsteht, durch falsch eingesetzte Fördermittel zu sabotieren.

1,1 Mio. cbm Trinkwasser jedes Jahr

Salzkotten. Rund 1,1 Mio. Kubikmeter Grundwasser pro Jahr fördert das Wasserwerk der Stadt Salzkotten zur Zeit aus drei Kiesschüttungsbrunnen zutage, um es als Trinkwasser, Brauchund Feuerlöschwasser Versorgung der rund 20 000 Einwohner und der Industrie ohne Aufbereitung weiterzugeben.

aus NW

Landwirtschaft nicht nur EG und Bund verantwortlich



Von der Landwirtschaft sind nicht nur Bäuerinnen und Bauern betroffen, sondern auch die anderen Menschen, die auf dem Lande leben und letztlich auch die in den Städten.

Der "Ländliche Raum", das "Leben auf dem Lande" ist daher eine politische Dimension, die von uns allen wahrgenommen werden muß.

SITUATION DER LANDWIRTSCHAFT IM KREISE PADERBORN

Über 1.000 Betriebe sind von 1970-1988 aus der Landwirtschaft ausgeschieden. Von den verbleibenden 2.500 Betrieben wird nach vorsichtigen Schätzungen jeder zweite in den nächsten 10 Jahren aufgeben müssen, da viele Betriebe in roten Zahlen stehen.

Die bekannten Folgen der damit einhergehenden Konzentration in der Landwirtschaft wie Überschußproduktion, Massentierhaltung, Umweltverschmutzung, schlechte Nahrungsmittelqualität müssen wir alle tragen.

Auch führt eine intensive Landbewirtschaftung mit massivem Dünger- und Chemikalieneinsatz zwangsläufig mitteloder langfristig zu einer Verseuchung des Grundwassers und somit unseres Trinkwassers.

Landwirtschaftspolitik kann nicht losgelöst von Gesundheitspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik gesehen wer-

DIE GRÜNEN wollen Rahmenbedingungen schaffen, die es der Landwirtschaft ermöglicht, ihre Aufgaben wieder wahrzunehmen:

- ausreichende Erzeugung von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln
- Erhaltung und Förderung der natürlichen Lebensgrundlagen (Wasser-, Arten-, Biotopschutz)
- befriedigende Einkommens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen, die von der Landwirtschaft leben.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen klein- und mittelbäuerliche Betriebe insgesamt wirtschaftlich besser gestellt werden. Im Gegensatz zu den anderen Parteien sind DIE GRÜNEN der Meinung, daß der Landwirtschaft sehr wohl auf kommunaler Ebene geholfen werden kann. Wir setzen uns ein für:

- Umschuldungshilfen für alle Betriebe, die durch einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen oft hochverschuldet sind und kaum Möglichkeiten haben, aus der wachstumsorientierten Landwirtschaft auszusteigen, hin zu einer ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Produktionsweise. Die Beihilfen sind aus den Haushaltsmitteln des Kreises Paderborn zur Wirtschaftsförderung zu leisten.
- Finanzielle Unterstützung von Betrieben, die auf biologische Produktionsweise umstellen wollen, wobei die Richtlinien des IFOAM als Grundlage angesehen werden sollen.
- Erleichterung und Förderung der Direktvermarktung u.a. durch Verbraucher-Erzeuger-Genossenschaften, Märkte, Messen, Ausstellungen und Verkaufsmobile.
- Einstellung von Beratern für die Umstellung auf ökologischen Landbau z.B. in der Kreisverwaltung.

Indem wir uns für die o.g. Forderungen einsetzen, wollen wir aufzeigen, daß wir nicht tatenlos zuschauen, wie die bäuerliche Landwirtschaft in eine industrielle Landwirtschaft überführt wird, mit den schwerwiegenden Folgen für uns alle.

Landschaft gliedern an der Lippe

Der Landschaftsplan obere Lippeniederung, der einen Teilbereich der Stadt Salzkotten umfaßt (Verne, Verlar, Mantinghausen), soll die Landschaft längs der Lippe wieder stärker gliedern (Hecken, Grünflächen statt Ackerwirtschaft). Der Kreis will diesen Plan einvernehmlich mit den Landwirten umsetzen - durch Einzelverträge, mit denen den Bauern z.B. eine Entschädigung zugesichert wird dafür, daß aus einem Acker wieder Grünland wird oder eine Wiese extensiv genutzt wird.

Der Haken an der Sache: Diese Verträge sind nicht etwa langfristig, sondern werden jährlich verlängert, können also keine sichere Basis für die Bauern bilden, auf Dauer anders zu wirtschaften. Statt dieses "Ex-undhopp-Naturschutzes", der eingeht, sobald das Land kein Geld mehr gibt, muß eine verläßliche Grundlage her. Der Landschaftsplan muß mit dauerhaften Verträgen umgesetzt werden. Naturschutz muß Vorrang haben auch wenn das Geld mal knapper wird.

Für ein grünes Salzkotten

Der frühere Artenreichtum an Pflanzen und Tieren hat in den letzten Jahren erschreckend abgenommen. Für die GRÜNEN kann es deshalb nicht darum gehen, einzelne ausgewiesene Flächen unter Schutz zu stellen, um besonders bedrohte Arten zu retten, sondern darüber hinaus muß eine umfassende Wiederherstellung einer möglichst großen Artenvielfalt auch in der Stadt gesichert werden. Dafür muß der Anteil der naturnahen Grünflächen drastisch erhöht werden. Noch immer prägen gepflegte, aber tote Rasenflächen das Stadtbild.

Daher unsere Forderurgen:

- Unterschutzstellung der gesamten Hederauen (Die Trasse der B 1 neu soll durch die Hederauen führen)
- Erhaltung, Ausdehnung und naturnahe Gestaltung der städtischen Grünflächen
- Erarbeitung eines längst überfälligen Grün- und Freiflächenkonzeptes, um vorhandene Grünflächen zu erhalten und mögliche Nutzungskonflikte (Erholung/Freizeit und Naturschutz) zu vermeiden.
- Sicherstellung zu schützender Flächen durch Ankauf oder Pacht
- Erhalt der Freiräume und Brachflächen für Spontanvegetation



- Verbindung auch kleinster Grünflächen miteinander, um einen lebensnotwendigen Austausch von Insekten und Kleintieren zu ermöglichen (z.B. durch Anpflanzung von Hecken)
- Erhaltung und Anpflanzung dichter Vegetationsbestände aus einheimischen Gehölzen und Wildkräutern im Innern und am Rande von Parkanlagen und Friedhöfen
- Errichtung und Erhalt von "ökologischen Nischen"
- Erlaß einer längst überfälligen Baumschutzsatzung
- Erstellung eines Biotopvernetzungskonzeptes.



Mein Müll, dein Müll? Die Müllberge gehen uns alle an!

Die stetig wachsenden Müllberge zeugen von jahrzehntelangem, bedenkenlosen Umgang mit der Natur und den natürlichen Rohstoffen der Erde. Die Konsumsteigerung, die einhergeht mit rascher Produktionszunahme, der Verwendung kurzlebiger Wirtschaftsgüter, immer aufwendigeren und problematischeren Verpackungen und Einwegerzeugnissen, führt allein im Kreis Paderborn zu einem Berg von jährlich 70.000 Tonnen Hausmüll.

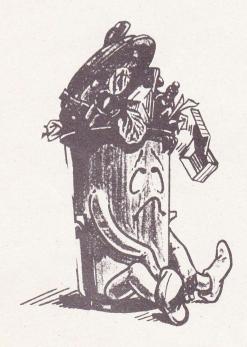
Daneben fallen aus der Industrie noch weitere rund 150.000 Tonnen an Gewerbemüll an.

Will man das Problem Müll lösen, so reicht es also nicht, erst bei der Beseitigung des Abfalls, etwa auf der Deponie, anzusetzen. Vielmehr muß das Problem an der Wurzel angegangen werden, und diese liegt ausschließlich in der Vermeidung von Abfall.

Ein ökologisches Abfallkonzept muß also der Müllvermeidung äußerste Priorität einräumen. Nur für wirklich unvermeidbare Abfälle sollte ein solches Konzept ökologisch sinnvolle Maßnahmen der Abfallverminderung, -verwertung und letztlich der -beseitigung vorsehen.

Hinzu kommt der Zusatz, daß jeder Kreis für sich selbst die Abfallbeseitigung vornimmt (Stichwort: Mülltourismus). Eine Ausnahme bildet die Deponierung von Sondermüll, da nicht jeder Kreis einen geeigneten Standort bieten kann. Hier ist eine regionale Lösung - etwa in Ostwestfalen-Lippe anzustreben.

Basierend auf diesen Grundprinzipien hat die Kreistagsfraktion der GRÜNEN im April 1986 ein Müllkonzept vorgelegt, deren Forderungen im wesentlich auch heute noch gültig sind.



Biotonne, Müllberater und ein

anderes Gebührensystem

Vieles von dem, was heute produziert wird und später als Abfall auf der Deponie landet, ist überflüssig (aufwendige Verpackungen, Wegwerfprodukte usw.). Bei der Vermeidung und Verminderung von Abfall ist in erster Linie der Bund als Gesetzgeber (Verbot von umweltproblematischen Stoffen und Produkten, Besteuerung von Einwegprodukten und verpackungen usw.) gefragt. Solange dieser aber aus Angst vor der industriellen Lobby das Abfallproblem durch geeignete Gesetze nicht angeht, sind Industrie, Handel und Dienstleistungbetriebe (als Produzenten von Müll und als Großverbraucher) sowie der/die VerbraucherIn als KonsumentIn gefragt. JedeR VerbraucherIn kann durch sein/ihr Verhalten auf die HerstellerInnen einwirken. Wenn für umweltschädigende Produkte, Verpackungen usw. keine Nachfrage besteht, wird dieses Auswirkungen auf die Produktion und damit auch Auswirkungen auf die anfallenden Abfälle haben. Und das VerbraucherInnenverhalten kann der Kreis durch geeignete Maßnahmen beeinflussen.

Deshalb fordern die GRÜNEN:

- Erhöhung der Stelldichte der Sammelcontainer (Glas, Pa-
- regelmäßigere Entleerung der Container (Dosencontainer ist ständig überfüllt)
- Anbringen zusätzlicher Batteriesammelbehälter an den Hauptsammelstellen (Schützenhalle, ...)
- feste Abgabestelle für Sondermüll
- Einstellen eines Müllberaters für intensive Öffentlichkeits-
- Anschaffung von Schreddergeräten, die Privatleute ausleihen können
- Förderung der Eigenkompostierung des organischen Ab-
- die Einführung der Biotonne für die Haushalte zur getrennten Sammlung des organischen Abfalls
- dezentrale und mobile Müll- und Verbraucherberatung sowohl für Haushalte, aber auch für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen
- die Einführung progressiver Müllgebühren
- Verwendung von Mehrwegprodukten in stadt- bzw. kreiseigenen Einrichtungen.

SONDERMÜLL AUS GEWERBE, DIENSTLEISTUNGEN UND ÖFFENTLICHEN EINRICHTUNGEN

Für gleiche Problembereiche (z.B. Zahnärzte, Friseure) sind gemeinsame Entsorgungssysteme und eine spezifische Beratung (evtl. in Zusammenarbeit mit den Verbänden) zu entwickeln. Die Dienstleistung des Sondermülls aus den Betrieben ist besser zu kontrollieren.

Obrigens ...

... ist Ihnen schon aufgefallen, daß Konni Rump beim Einkaufen die Verpackungen aus Gründen der Müllvermeidung immer gleich im Geschäft zurückläßt? Ein beispielloses Vorbild!

MÜLLVERBRENNUNG

In letzter Zeit in die Diskussion gekommen ist die Müllverbrennung wegen Schwierigkeiten des Kreises Gütersloh bei der Abfallbeseitigung. Sieht man inmal von der Standortabsage des Bezirksausschusses Elsen und der Stadt Paderborn (auf Initiative der GRÜNEN) ab, so halten sich die KommunalpolitikerInnen der Altparteien sowie die Kreisverwaltung in ihrer Beurteilung der Müllverbrennung zurück. Mit dem Argument, es lägen noch nicht genügend Daten vor, versuchen sie eine Entscheidung bis nach den Kommunalwahlen zu vertagen. DIE GRÜNEN lehnen eine Müllverbrennung aus mehreren Gründen ab:

eine Müllverbrennungsanlage soll nicht nur Müll verbrennen, sondern auch Energie erzeugen. Um dieses wirtschaftlich bewerkstelligen zu können, ist eine bestimmte Menge an Brennstoff (= Müll) erforderlich. Dieses läuft aber sämtlichen Bemühungen zur Vermeidung oder Verminderung von Abfall zuwider.

 bei der Müllverbrennung werden die unterschiedlichsten gesundheitsgefährdenden Schadstoffe an die Umgebung abgegeben (Dioxine, PCB, Schwermetalle usw.)

 eine Reduzierung der zu deponierenden Abfallmenge läßt sich durch Maßnahmen stofflicher Verwertung wie oben skizziert früher und besser erreichen

bei der Müllverbrennung fallen wegen des größeren Mülleinzugsgebietes längere Anfahrtswege an.



Horch mal: Wenn ihr den Joghurt selber macht,...



...dann könnt ihr ja qar keine Aludeckel..









Übrigens...

Das Programm der "Umwelt-SPD" ist auf strahlend weißem Papier gedruckt. Haben die etwa ihre eigene Umweltfibel nicht richtig gelesen. Wie hält man es denn selbst mit der Forderung nach Gebrauch von Recyclingpapier?

Wirtschaftspolitik

Warum die GRÜNEN mehr Gewerbe steuer wollen

Berechnungsgrundlage für die Gewerbesteuer, die ein Unternehmen zu zahlen hat, ist der Gewerbesteuer-Hebesatz, der zur Zeit in Salzkotten bei 320 Punkten liegt (und damit weit unter Landesdurchschnitt). Die CDU ist (in Salzkotten ebenso wie anderswo) der Meinung, mit einem niedrigeren Hebesatz als Nachbargemeinden mehr Industrie anlocken zu können. In der Regel entscheiden Industriebetriebe allerdings aus anderen Gründen über die Ansiedlung in einer bestimmten Gemeinde - die Höhe des Hebesatzes spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Was bei dieser CDU-Politik herauskommt, ist allerdings, daß Städte und Gemeinden sich untereinander Konkurrenz zu machen versuchen bei der Gewerbeansiedlung. Das ist aber ein ungesunder Konkurrenzkampf, der auf Kosten der Umwelt ausgetragen wird (man denke nur an das Gerangel vor zwei Jahren zwischen den Bundesländern um die Ansiedlung der Daimler-Teststrecke!).

Die Stadt Salzkotten liegt mit ihrem Hebesatz unter der Empfehlung der Landesregierung (derzeit350 Punkte). Sie verzichtet damit nicht nur auf Einnahmen aus der Gewerbesteuer, sondern unter Umständen auch auf Zuweisungen des Landes, das nämlich bei deren Berechnung die Höhe des Hebesatzes zugrundelegt, den es selbst empfiehlt.

Für die kleineren Gewerbetreibenden in Salzkotten scheint der Hebesatz wenig Bedeutung zu haben: FDP-Spitzenkandidat Josef Hoffmeister, selbst Gewerbetreibender, wurde während der Podiumsdiskussion der Kolpingfamilie nach der Meinung der Liberalen zu dem Thema befragt - und er wußte dazu herzlich wenig zu sagen.

Ein gleicher Hebesatz in allen Städten und Gemeinden wäre ein Schritt zur Gleichbehandlung von Unternehmen und ArbeitnehmerInnen in der Steuerpolitik: Die Lohnsteuerzahler



CDU-Wahlwerbung: Wir lassen der Natur ihren Lauf...

müssen nämlich überall das gleiche zahlen, da kann keine Gemeinde von sich aus Nachlässe gewähren. Dasselbe sollte für die Industrie gelten.

Die Stadt Salzkotten hätte mit Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer in den letzten Jahren viel Sinnvolles tun können - z.B. am Freibad, über dessen sanitäre Anlagen sich in diesem Sommer sicher wieder viele Besucher geärgert haben, oder die Stadt hätte einige Schulklassen mal öfter streichen können. Da fehlt es doch offenbar an allen Ecken und Enden.

Ökologisches Gegengewicht für Sälzer Wirtschaftspolitik

In der bisherigen Salzkottener Wirtschaftspolitik wird nach dem Motto verfahren: Industrie ansiedeln - und zwar um jeden Preis. Die GRÜNEN meinen, daß in diese Diskussion dringend ein ökologisches Gegengewicht gehört.

Bei Entscheidungen in Wirtschaftsfragen darf nicht länger nur danach geschielt werden, wieviel Gewerbesteuer die Stadt zusätzlich einnehmen kann. Es müssen auch mögliche Folgeschäden an Wasser, Boden, Luft berücksichtigt werden, denn diese Schäden belasten uns alle und ihre "Reparatur" muß auch von uns allen bezahlt werden (soweit sich da mit Geld überhaupt etwas reparieren läßt). Es darf nicht nur um die Zahl der Arbeitsplätze in Salzkotten gehen, sondern auch um ihre Qualität.

Die GRÜNEN fordern daher:

- Ein Förderprogramm der Stadt zur Ansiedlung besonders

umweltfreundlich arbeitender Betriebe

- Anhebung der Gewerbesteuer auf den vom Land empfohlenen Satz, da ein Verzicht der Stadt hier Verluste an anderer Stelle zur Folge hat: Städten und Gemeinden, die den empfohlenen Höchstsatz nicht ausschöpfen, drohen Abzüge bei Zuweisungen des Landes.
- Schaffung von Rahmenbedingungen im Gewerbegebiet, die die Ansiedlung für umweltfreundlich arbeitende Firmen (oder für solche, die sich ökologisch umstellen wollen) auch wirtschaftlich interessant machen - z.B. durch ein zentrales städtisches Energie- und Nahwärmesystem (siehe auch unter "Energie").
- Auftragsvergabe vorrangig an Firmen, die umweltverträglich produzieren, Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und Behinderten- wie Frauenquote erfüllen.

Wir lassen der Natur Wir lassen der Natur

CDU-Widersprüche: Wir schaffen Verbindungen für mehr Arbeitsplätze und Freizeit

PESAG-Fehler nicht mit VEW wiederholen

Während den BürgerInnen immer bewußter wird, daß Atomstrom mit sicherer Energieversorgung nichts zu tun hat (der Reaktor Hamm-Uentrop in unmittelbarer Nachbarschaft ist ein Beispiel dafür!), haben die Salzkottener Kommunalpolitiker noch immer keinen energiepolitischen Weitblick: Noch zum Ende letzten Jahres verlängerten sie vorzeitig im Hau-Ruck-Verfahren den Konzessionsvertrag mit der PESAG - für eine geradezu lächerliche Summe an zusätzlicher Konzessionsabgabe. Da ein Teilgebiet der Stadt nicht von der PESAG, sondern von den VEW beliefert wird und dieser zweite Konzessionsvertrag im Jahre 1990 ausläuft, ist die Stadt im Begriff, den Fehler vom letzten Jahr hier zu wiederholen. Das muß verhindert werden.

Ziel der Salzkottener Energiepolitik muß es sein, die Energieversorgung wieder aus privatwirtschaftlichen Händen in die eigene Regie zurückzuführen. Es gibt inzwischen viele Städte und Gemeinden, die das praktizieren - mit gutem wirtschaftlichem Erfolg. Die GRÜNEN sind sich natürlich darüber im klaren, daß das nicht von heute auf morgen geht, sondern nur stufenweise.

Aber die anstehende Vertragsverlängerung mit den VEW ist eine Chance, zumindest die ersten Schritte dahin zu tun. Da das VEW-Vertragsgebiet auch einen Teil des Gewerbegebietes umfaßt, ergeben sich hier interessante Möglichkeiten:

Energie

Wenn die Stadt selbst über Erzeugungs- und Lieferungsbedingungen von Strom bestimmen kann und das Leitungsnetz besitzt, wird es für einige Firmen äußerst interessant sein, selbst Strom zu erzeugen - für den Eigenbedarf und in Spitzenzeiten für die Abgabe ins städtische Netz. Die bei der Stromerzeugung anfallende Abwärme könnte zum Heizen der eigenen Gebäude benutzt werden, Überschüsse könnten in ein städtisches Nahwärmenetz eingespeist werden. Ein eigenes Blockheizkraftwerk der Stadt im Industriegebiet könnte die Restversorgung auch der Einwohner im bisherigen VEW-Einzugsgebiet übernehmen (z.B. Ortschaft Verne). Unter diesen Umständen könnte es für Unternehmen äußerst attraktiv sein, sich in Salzkotten anzusiedeln. Die Stadt hätte gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz und zum Ausstieg aus der Atomenergie getan.

Die GRÜNEN fordern daher:

- Begrenzung des neuen VEW-Konzessionsvertrages auf fünf Jahre
- Festschreibung von vernünftigen Bedingungen für Selbsterzeuger, die ins Netz einspeisen wollen
- Erstellung eines Energiekonzeptes, das den schrittweisen Weg zur Selbstversorgung untersucht
- Einstellung eines Energieberaters, der die BürgerInnen über Möglichkeiten der Energieeinsparung und der Selbsterzeugung aufklärt und auch bei Firmen Aufklärungsarbeit leistet
- erneute Verhandlungen mit der PESAG, um eventuell den neuen Vertrag zu revidieren
- Heizung des städtischen Freibades mit Solarenergie.



«Wo sollen wir denn noch sparen?»

Das sozialpolitische Programm der GRÜNEN in Salzkotten



Die GRÜNEN in Salzkotten werden in diesem Jahr zum ersten Male zu den Kommunalwahlen kandidieren. Unser Programm soll den Salzkottener Bürgern Einblick in die Schwerpunkte unserer Arbeit geben.

Besonders am Herzen liegen uns unsere Kinder und andere schwächere Mitglieder unserer Gesellschaft.

KINDERBETREUUNG:

Es gibt entgegen anderslautenden Aussagen auch heute bei uns noch nicht genug Kindergartenplätze, gerade weil in naher Zukunft ein verstärkter Zuzug von kinderreichen Familien in Neubausiedlungen zu erwarten ist. Auch Mütter oder Väter, die wieder ins Berüfsleben einsteigen wollen, sind oft kurzfristig auf Kindergartenplätze angewiesen, auch über die normale Kindergartenzeit hinaus. Nicht jeder verfügt über ein solch hohes Einkommen, daß er privat jemanden für die Betreuung der Kinder bezahlen könnte.

Folgende Beispiele sollen die Situation in Salzkotten verdeutlichen:

Im Kindergarten Kuhbusch stehen 9 Kinder auf der Warteliste.

In Schwelle können aus Platzmangel keine 3jährigen Kinder aufgenommen werden.

Über die Planung eines weiteren Kindergartens in Salzkotten hat die Stadt bisher noch nicht entschieden.

Die GRÜNEN werden sich für die Verbesserung der Möglichkeiten zur Kinderbetreuung außerhalb der Familie einsetzen.

Unsere Forderungen sind:

- Einrichtung einer Krabbelstube und eines Kinderhortes
- Einstellung weiterer Erzieherinnen, um den Kindergärten die Möglichkeit zu flexibleren Öffnungszeiten zu geben.

SCHULEN:

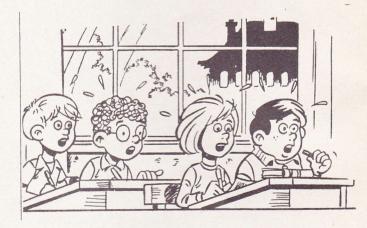
An den Grundschulen findet man z.T. katastrophale sanitäre Verhältnisse vor, Klassenräume sind zu klein bemessen und oftmals jahrzehntelang nicht renoviert worden. Der laut Kultusminister geforderte Platz für Ruhezonen und kreatives Tun ist meist nicht vorhanden.

Die GRÜNEN werden hier auf schnellstmögliche Abhilfe drängen. Wir unterstützen die Einbeziehung der Schüler in Aktivitäten, die Außenbereiche der Schulen zu gestalten, wie Begrünung von Wänden oder die Anlage von Feucht-Biotopen, um den Kindern in dem immer mehr städtisch werdenden Salzkotten den Bezug zur Natur zu erhalten.

Zur Sicherheit unserer Kinder:

In der Umgebung der Schulen fehlen Radwege; Autos und Busse blockieren die Straßen in der näheren Schulumgebung. Der Schulweg wird zur kaum überwindbaren Hindernisstrecke für unsere Kinder. Vorhandene Ampelanlagen, beispielsweise an der Realschule, werden nachmittags außer Betrieb gesetzt. An den Schulen und in den Sportstätten östlich der Upsprunger Straße werden jedoch auch nachmittags viele Veranstaltungen von unseren Kindern besucht

Wir GRÜNE setzen uns für ein dem besonderen Sicherheitsbedürfnis unserer Kinder entsprechendes Umfeld unserer Schulen ein.





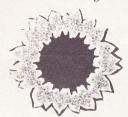
Bürgermeister Ettler hat sich auf der CDU-Versammlung in Upsprunge darüber beklagt, daß viele Mütter ihre Kinder mit dem Auto vom Kindergarten abholen. Er fühlt sich durch den Verkehrslärm in seiner Mittagsruhe gestört.

ÄLTERE MITBÜRGER/INNEN

Eine weitere Randgruppe unserer Gesellschaft sind die Senioren und Seniorinnen. Nach einem oftmals sehr arbeitsreichen, harten und im Krieg häufig von Not geprägten Leben sollten sie die Möglichkeit haben, ihr Leben ihren Bedürfnissen entsprechend angemessen zu gestalten. Wenn die Familien sich jedoch nicht in der Lage fühlen, für ältere Familienmitglieder zu sorgen oder sie bei sich aufzunehmen, dann übernehmen oft caritative Einrichtungen Handeln und Denken in einem oftmals unangemessen hohen Ausmaß. Eine Beteiligung am alltäglichen Leben findet vielfach nicht statt. Dies wirkt sich faktisch wie eine Entmündigung aus.

Die GRÜNEN setzen sich für die verstärkte Beteiligung auch älterer Menschen an den sie betreffenden Angelegenheiten ein sowie für die Möglichkeit, daß auch sie sich soweit möglich am Alltagsleben beteiligen können, durch:

- Ein weitgehend selbstverwaltetes Kommunikationszentrum speziell für ältere Menschen.
- Bau von Altenwohnheimen in der Nähe der Innenstadt.
- Einrichtung von ambulanten Pflegediensten.
- Verlängerung der Grünphasen an Ampeln.
- Verbesserte öffentliche Verkehrsverbindungen zu den Ortsteilen zu attraktiven Preisen, eventuell aufgrund gänzlich neuer Konzepte.
- Alten- sowie behindertengerechte Innenstadt und öffentliche Gebäude, u.a. Randsteinabsenkungen.



Sozialhilfe

Für den Bereich der Sozialhilfe fordern wir:

- Die Kontrollgänge des Amtes zur Überprüfung des Bedarfs müssen entfallen. Generelles Mißtrauen des Amtes diskriminiert die Sozialhilfeempfänger.
- Der Mietkostenrahmen für Wohnungen muß den realen Mieten auf dem Wohnungsmarkt angepaßt werden.
- Auf kommunaler Ebene müssen Konzepte zur Eingliederung von Sozialhilfeempfängern ins Berufsleben entwickelt werden (z.B. Projekte im Umweltschutzbereich bei möglicher Finanzierung durch ABM-Stellen).
- Kein Arbeitsdienst für Sozialhilfeempfänger.

JUGENDLICHE

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Programms ist die Jugendpolitik in Salzkotten. Hier werden die GRÜNEN sich einsetzen für:

- Räumlichkeiten bzw. Verbesserung der Raumsituation für Jugendliche, die sich hier zwanglos treffen können.
- Verbesserung des Angebotes an Jugendveranstaltungen etwa durch wöchentliche Film- oder Musikveranstaltungen.
- Verbesserte öffentliche Verkehrsverbindungen am Abend zu den umliegenden größeren Städten wie beispielsweise Paderborn und Lippstadt.



Familienpaß

Der Familienpaß – eine sinnvolle Erfindung. Aber müssen wirklich auch Salzkottens wohlhabende Bürger, nur weil sie 3 Kinder haben, von diesem städtischen Zuschuß proffitieren?

Die Grünen fordern daher:

- Der Familienpaß muß einkommensabhängig gewährt werden.
- Alleinerziehende mit weniger Kindern müssen berücksichtigt werden.
- Familien mit einem behinderten Kind müssen anspruchsberechtigt werden

Frauen gehören ins Haus? Jawohl, Herr Rump - ins Rathaus!

Mit Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes ist die Gleichberechtigung von Frau und Mann in der BRD verfassungsrechtlich abgesichert worden. Die gesellschaftliche Wirklichkeit dokumentiert jedoch, daß eine Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Ausbildung, Beruf, Familie und sozialem Leben bei weitem nicht erreicht ist.

Kennzeichnend für die Situation der Frau ist eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die den Männern den Erwerbs- und Frauen den Privatbereich zuweist. So sieht denn auch die CDU Salzkotten den "Schwerpunkt der Frau in der Familie" (O-Ton Konni Rump, Kolpingveranstaltung). Die Tätigkeit als Hausfrau und Mutter wird nicht in dem gleichen Maß anerkannt wie die Erwerbstätigkeit des Mannes; sie gilt vielmehr als selbstverständlich, und Frauen, die ihre Arbeit in der Familie ebenfalls honoriert wissen wollen, werden häufig gar nicht erst ernst genommen.

Auch im Erwerbsleben sieht die Situation der Frauen immer noch sehr viel schlechter aus als die der Männer. Sie haben geringere Ausbildungschancen, bestimmte Berufszweige bleiben ihnen ganz verschlossen; sie haben kaum Aufstiegsmöglichkeiten; und nicht zuletzt erhalten sie meist weniger Lohn für die gleiche Arbeit.

Als ein Beitrag zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen gilt die Einrichtung von Frauengleichstellungsstellen; deren Entscheidungs- und Handlungsspielraum ist aber von Kommune zu Kommune (je nach politischer Ernsthaftigkeit) unterschiedlich bemessen. Auch in Salzkotten existiert seit kurzem eine solche Frauengleichstellungsstelle. Die Frauenbeauftragte der Stadt, Frau Schmitz, äußerte gegnüber den GRÜNEN, daß ihre Arbeit erst jetzt beginne und sie sich in Form von Lehrgängen fachkundig mache. Ein von den GRÜNEN erwünschtes Gespräch halte sie deshalb erst in nächster Zeit für sinnvoll; ihr Zuständigkeitsbereich beschränke sich allerdings auf die Stadtverwaltung.

Wir als GRÜNE meinen, daß die Frauenfrage nicht an den Toren der Stadtverwaltung aufhört. Politische Auseinandersetzung mit den in dieser Frage angesprochenen konkreten Problemen der Frauen ist genauso notwendig wie eine insti-



tutionell (durch die Arbeit der Frauenbeauftragten) eröffnete und abgesicherte Plattform, von der aus die Lösung dieser Probleme angegangen werden könnte.

Ansatzpunkte für die frauenpolitische Arbeit in Salzkotten wären - neben der Forderung nach Schaffung der erwähnten Plattform - unter anderem:

- Anregung und Unterstützung von Initiativen, in denen Frauen ihre konkreten Probleme allererst einmal aus dem Haushalt heraustragen und gemeinsam mit anderen Frauen bearbeiten können.
- Unterstützung bestehender und Anregung weitergehender Initiativen zur Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen.
- Forderung nach Bereitstellung von Mitteln für die berufliche Wiedereingliederung des Elternteils, das vorwiegend Erziehungsaufgaben übernommen hat.
- Forderung nach Schaffung familienverträglicher Arbeitsplätze für Männer und Frauen.
- Wir wollen die politische Arbeit von autonomen Frauen am Ort, Frauengruppen, -initiativen, -projekten und -einrichtungen unterstützen, gemeinsamen Zielen und Forderungen Nachdruck verleihen und politische Entscheidungen beeinflussen.



Fortsetzung von Seite 19

Forderungen der GRÜNEN:

zum Thema Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Organisationen:

- keine Mitwirkung kommunaler Gremien an sonstigen militärischen Angelegenheiten (z.B. Wahl der Ausschüsse für Musterung oder Kriegsdienstverweigerung). Bei einer erzwungenen Wahl "von oben" sind z.B. nur Kriegsdienstverweigerer zu wählen.
- Frühzeitige Anmeldepflicht von Manövern gegenüber der Öffentlichkeit.

zum Thema Zivilschutz:

- Keine Teilnahme an Übungen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit
- keine kommunalen Subventionen für den Bau von Bunkern
- Offenlegung aller Katastrophenschutzpläne, insbesondere für militärische Unfälle mit Munition, Sprengstoff und Atomwaffen

zum Thema Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens:

- Keine Patenschaften mit Militäreinrichtungen
- Verbot von Waffenschauen, öffentlichen Gelöbnissen
- kommunalpolitischer Widerstand gegen Atomwaffen- und Munitionstransporte sowie Einrichtung von Durchfahrverboten für Kettenfahrzeuge

zum Thema Aktive Friedenspolitik:

- Aufstellung eines Mahnmals "Dem unbekannten Deserteur"
- Partnerschaften mit osteuropäischen Städten und Gemeinden
- Friedensgruppen sind für Veranstaltungen kostenlos städtische Räume zur Verfügung zu stellen
- Die Beratung zur Kriegsdienstverweigerung ist mit kommunalen Mitteln zu fördern
- Abschaffung der Sonderrechte für das Militär in Sachen Umweltschutz
- Aufstellung von Gedenktafeln an Orten, an denen Gewaltverbrechen geschehen sind.

Anmerkung

Anmerkung zum Artikel der letzten Ausgabe der Brennessel:

Sind Salzkottener Bürger im Notfall ausreichend versorgt?

Nach einem Gespräch mit der Leitung des Salzkottener Krankenhauses möchten wir einige mißverstandene Aussagen aus dem oben erwähnten Artikel richtig- bzw. klarstellen.

Das Salzkottener Krankenhaus ist nicht zuständig für Rettungswagentransporte, somit auch nicht verantwortlich für die erwähnte längere Anfahrt bei Nacht von Ahden aus, sondern die Kreisrettungswache Paderborn.

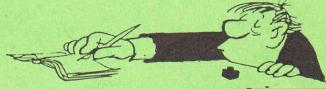
Herr Füster. Pressesprecher des Kreisrettungsdienstes, teilte uns in einem weiteren Gespräch mit, daß lediglich finanzielle Erwägungen dafür sprächen, den Rettungswagen des Nachts in Ahden zu stationieren.

Sowohl die GRÜNEN in Salzkotten als auch die Leitung des Salzkottener Krankenhauses würden einen Standortwechsel des Rettungswagens während der Nacht in die Salzkottener Rettungswache begrüßen. Nebenbei bemerkt ist diese Rettungswache erst vor wenigen Jahren mit Unterstützung des Kreises errichtet worden.

Der Kreisrettungsdienst sollte sich hierüber einmal Gedanken machen.

Die Salzkottener GRÜNEN werden die Angelegenheit weiter verfolgen.





Beitrittserklärung

Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu »DIE GRÜNEN«

	Vor-	
	Telefon:	
in	Beruf/ Kenntnisse:	

DM, erstmals 6 Wochen nach Beitritt. Die Beitragszahlungen erfolgt: halbjährlich/jahrlich im voraus. Ich bin damit einverstanden, daß diese Daten im Rahmen der Grünen verarbeitet und gespeichert werden.			
Ort, Datum	Unterschrift		
wird vom Kreisverband ausgefüllt Mitglieds-	· Aufnahme-		

Unterschrift Kreisverband

Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift (nur falls gewünscht, wird vom KV durchgeführt). Hiermit ermächtige(n) ich/wir die GRÜNEN widerruflich, den Monatsbeitrag in Höhe von) mittels Lastschrift einzuziehen. (BLZ

DM monatlich zu Lasten meines Kontos Nr.

Unterschrift



V.i.S.d.P. Die Grünen Ortsgruppe Salzkotten Micheline Schulte Frieth 22, Upsprunge Auflage: 4000